

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung.

Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die Leihspalten zu 3 mm hohe (Bett) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; anwärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rubrik. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz. Datumsfrist: Frankfurt a. Main 1. April 1927.

Annahmgebühr für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 40.

Samstag, den 3. April 1927.

20. Jahrgang.

Einen Verlorenen zu beweinen,
ist auch männlich.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Der Reichstag hat seine Arbeit, die Haushaltberatungen bis zum 1. April, dem Beginn des neuen Finanzjahres zu beenden, nicht beenden können. Die Regierung hat deshalb einen Notetat eingebracht, der sie vorläufig zur Leistung aller Zahlungen ermächtigt, und der vom Reichstag ohne Debatte angenommen worden ist. Die praktische Bedeutung des Notetats ist gering, da der endgültige Haushaltsplan in wenigen Tagen verabschiedet wird.

Große, allgemeine politische Bedeutung hatte vor allem die Aussprache zum Finanzhaushalt und zum Kriegslasten-Etat. In letzterer Einmütigkeit trat der Reichstag von der äußersten Rechten bis zu den Kommunisten für die Revision des Dawesplans ein. Gewiß, der Dawesplan hat bisher funktioniert, aber auf Kosten der deutschen Lebenshaltung! Und auch dann nur, weil Deutschland in den letzten Jahren über zwei Milliarden Mark Auslandsanleihen aufgenommen hat! Auf die Dauer ist das natürlich nicht möglich, und deshalb ist eine Revision des Dawesplanes nicht mehr zu umgehen.

Die völlig geschlossene Front des Reichstags dürfte im Ausland ihren Eindruck nicht verfehlen. Es wird allmählich ernst mit der Forderung nach dem Abbau der Daweslasten! Es genügt nicht mehr, daß gegen die Daweslasten in Artikeln und Reden Sturm geblasen wird, auch die offizielle Politik wird durch geeignete Maßnahmen in gleicher Richtung Schritte unternehmen müssen. Und das wird nicht mehr lange auf sich warten lassen! Erfreulichweise bricht sich diese Ansicht allmählich auch im Ausland Bahn. So berot jetzt erst wieder ein von einer Deutschlandreise nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrter angesehener amerikanischer Journalist, Gibbons, der Dawesplan werde vor 1930 zusammenbrechen. Deutschland werde einfach nicht fähig sein, solche Zahlungen weiter zu leisten!

Auch sonst hat Deutschland noch mancherlei finanzielle Sorgen. Die Reichsfinanzminister Dr. Aßhler im Reichstage erklärte, soll in den nächsten Wochen die Finanzverwaltung in sachlicher und persönlicher Beziehung erheblich vereinfacht werden. Diese Reform müsse aber leider mit einer Vermehrung der Beratsamungs- und Vollzugsbeamten beginnen, da über 500 Millionen Mark Euerückstände vorhanden seien! Diese Rückstände müßten jetzt unbedingt eingetrieben werden. Auf die wirtschaftlich Schwachen wolle man jedoch gebührend Rücksicht nehmen. Der Minister erklärte dann noch, daß die Liebe zum Steuerzahler sowieso nicht stark ausgeprägt sei, hier und da seien aber sogar Steuerfahrlässigkeiten vorgekommen, sodas die Regierung Strafaktionen stellen mußte.

Handelspolitisch ist bemerkenswert, daß das verlängerte und erweiterte Deutsch-französische Handelsprotokoll nunmehr in Paris von dem deutschen Botschafter von Hoess und Briand unterzeichnet worden ist. Vor der Beauftragung des Botschafters hatte die Regierung noch einmal mit den Vertretern der Regierungsparteien Rücksprache genommen und ihnen mitgeteilt, daß eine Abänderung des Protokolls wegen der fortgeschrittenen Verhandlungen nicht mehr möglich sei. Die Regierung würde jedoch die Bedenken der Wirtschaft und wolle diese nach Möglichkeit bis zu Abschluß des endgültigen Handelsvertrages berücksichtigen.

In Genf haben sich die Abordnungen der Verbündeten in ausgedehnte Einzelberatungen verloren, in denen man sich über die Zahl der Offiziere, über die Herabsetzung der Dienstzeit und über die Stärke des Heimaufheeres und der Kolonialtruppen unterhielt. Eine Einigung ist bisher nicht erzielt worden.

Auch sonst läßt die friedliche Gesinnung der Mächte viel zu wünschen übrig. Der Versuch des Balkankonfliktes ist man noch um keinen Schritt näher gekommen, und in China ist sich das Verhältnis zwischen den Kantonesen und den Mandschen immer mehr zu. Wenn nicht alles trügt, steht England auf einem Vulkan, auf dem ein Ausbruch nur eine Frage der Zeit ist. Der Erfolg einer solchen Maßnahme ist

jedoch mehr als zweifelhaft! Der Haß in der chinesischen Bevölkerung gegen die Angehörigen hat durch die Beschickung Kantons einen neuen Aufstoß erhalten, und weitere Schritte Englands können deshalb Folgen auslösen, die schließlich zu einem harten Auseinanderbrechen der Gegensätze führen.

Neue Vernehmung Litwins.

Weitere Zeugenaussagen im Plauener Prozeß.

Im weiteren Verlauf des Plauener Prozesses gegen den baltischen Rechtsanwalt Dr. Müller entschlüsselt sich eine lange Erzählung darüber, ob bei der Exporator-Gesellschaft ein Konto „S. G.“ bestanden habe. Der

Vorsitzende des Ausschusses, Litwin, der noch einmal vernommen wird, erklärt, ein solches Konto habe bestanden, es habe jedoch mit der Person Dr. Stresemann nichts zu tun gehabt. Auch habe Dr. Stresemann von der Existenz des Kontos nichts gewußt. Es sei ein Konto der Deutschen Volkspartei gewesen, um die Partei mit Mitteln zu versehen. Die Partei sei bei ihnen „Partei Gussow“ genannt worden. Mit Dr. Stresemann habe er in angeregtem politischen Schriftwechsel gestanden. Litwin erklärte dann noch, selbst Mitglied der Volkspartei gewesen zu sein. Neben Dr. Stresemann habe auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Held dem Ausschuss angehört. Uebereinstimmend habe er auch im Auftrag des Generalstabes 1917 mit Rußland verhandelt. Danach wird der

Zeuge Müller, der früher in der Exporator-Gesellschaft tätig war, aber dann in schwere Differenzen mit dem Ausschuss geraten, die zu seiner Entlassung führten. Auf die Frage der Verteidigung erklärte der Zeuge, Litwin habe auf eigene Rechnung Devisenoperationen gemacht, und ihm, dem Zeugen, 5000 Pfund Sterling gegeben mit der Bemerkung, das sei für Dr. Stresemann. Auf Vorhalt, das Zeuge sei für diesen Betrag ein Konto unter dem Namen Dr. S. Gussow eingerichtet worden. Litwin habe auch Dr. Stresemann ein Darlehen von 115 000 Mark auf 1 1/2 Jahre zu normalen Bedingungen gegeben. Litwin habe auch der Druckerei der „Zeit“ Millionenbeträge gegeben.

Als ein Vertreter des Nebenklägers den Zeugen als vorgekommen und eingepaßt bezeichnet, kommt es zu einem Zwischenfall. Müller erklärt dann noch, zwischen Litwin und Dr. Stresemann habe ein ziemlich enges Verhältnis bestanden. Außer dem Darlehen habe Dr. Stresemann von Litwin Geldbeträge erhalten, aus welchem Anlaß wisse er jedoch nicht. Auf die Frage des Angeklagten gab der Zeuge an, daß im Jahre 1921 den Ausschussmitgliedern eine Sonderzuwendung von je 18 000 Mark gemacht worden sei.

Litwin bestritt die Angaben des Zeugen und erklärte, es sei allerdings möglich, daß er bei der Uebergabe der 5000 Pfund Sterling gesagt habe, das sei für die Partei Stresemann oder für Dr. Stresemann. Tatsächlich sei das Konto nur für die Partei bestimmt gewesen. Auch das Darlehen sei nicht für Dr. Stresemann persönlich bestimmt gewesen, sondern für den staatspolitischen Verlag auf Intervention von Dr. Stresemann. Der Zeuge Müller wurde dann nachträglich vereidigt.

Nächster Zeuge ist der frühere Oberleutnant Reich-Werlin, der ausführt, er habe 1920-21 für einige Monate in Königsberg vertretungsweise den Posten als Ueberwachungsbeamter des Reichsauftrags erhalten, Sendungen anzuhalten und zu prüfen. Einmal habe es sich um 25 Waggons, das andere Mal um 12 gehandelt. Ob die Sendungen von der Exporator A.-G. ausgegangen seien, könne er nicht sagen. Zeuge äußert sich dann allgemein über die Zeit des polnischen Aufstandes in Oberschlesien und die damals umlaufenden Gerüchte, wonach die Deutschen mit eigenen Waffen und eigener Munition von den Polen beschossen würden. Auf eine Reihe von Vorhalten erklärt er, daß ihm von einem Gerüchte in Königsberg von Munitionsschießungen im allgemeinen nichts bekannt sei.

Rohlenbiefstahl französischer Werke.

Unterirdischer Abbau deutscher Saarholze.

Saarländische Zeitungen veröffentlichten aufsehenerregende Meldungen über den Abbau deutscher Saarholze durch französische Bergwerke, der teilweise bereits seit 1922 vor sich geht und jetzt in verstärktem Maße betrieben werden soll. Bisher hatten französische Gesellschaften an der Grenze zwei Schachtanlagen errichtet,

von denen sie unterirdisch tief in das Saargebiet vorstießen. Die so „geforderte“ Kohlenmenge beläuft sich für den einen Schacht auf 300 000 Tonnen, die sich auf die Jahre 1922 bis 1925 verteilen. Ermutigt durch diese Erfolge, will jetzt auch die Gruppe der Weiden von Saarbrücken aus einen Vorstoß unternehmen! Wenn auch der Verfall der Saarvertrag die Ausbeutung der Saargruben erschweren wird, kann ein solcher offener Raub natürlich keineswegs abgewehrt werden. Der saarländische Landesrat hat denn auch in seiner letzten Sitzung aufs schärfste gegen diesen planmäßigen unterirdischen Raub protestiert.

Neuwahlen in Mecklenburg.

Der Schweriner Landtag aufgelöst.

Der Schweriner Landtag hat den Gesetzentwurf über die einseitige Regelung der Führung des Staatshaushalts 1927 angenommen und damit zugleich die Auflösung des Landtags am 12. Juni beschlossen. Die Neuwahlen sind auf den 22. Mai d. Js. angesetzt worden.

Eine andere Lösung war nicht mehr zu vermeiden, da der Landtag sich wiederholt als arbeitsunfähig erwiesen hatte. Das Parlament setzte sich zusammen aus 3 Kommunisten, 2 Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 1 Abgeordneter der Gruppe für Volkswohlfahrt, 4 Volksparteilern, 3 Wirtschaftlern, 12 Deutschnationalen und 5 Bäckern.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 2. April 1927.

Der deutsch-amerikanische Freundschaftsvertrag ist bis zum 31. Dezember verlängert worden.

Die demokratischen Fraktionen veranstalteten in Berlin einen Wierabend, an dem neben den Reichs- und Staatsministern 400 Personen teilnahmen.

Die bayerische Regierung hat Freiherrn von Welser zum Staatssekretär im Handelsministerium ernannt.

Der Dänischer Volkstag hat einen Sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung mit 56 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

Die Reichshauptstadt gegen den Finanzansatz. Die für den 1. April vorgesehene Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ist auf den 7. April verschoben. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Fragen der Weltpolitik, nämlich Deutschlands Stellung im Balkankonflikt, Deutschlands Politik in China und die Schiedsgerichtsbarkeit der Reichsregierung.

Die Reichshauptstadt gegen den Finanzansatz. Nach längeren Besprechungen des Berliner Magistrats mit Abgeordneten und Wirtschaftsvertretern wurde eine Entschließung angenommen, in der dagegen protestiert wird, daß ein großer Teil der von der Berliner Bevölkerung aufgetragenen Einkommen- und Körperschaftsteuer anderen preussischen Gemeinden zugewendet wird. Dadurch würde Berlins Entwicklung künstlich gehemmt.

Saar-Landesrat und Genfer Beiläufe. In der letzten Sitzung des Saarbrücker Landesrates nahmen alle Parteien zu den Saarbeschlüssen des Völkerbundes Stellung. Wenn diese auch niemanden befriedigen könnten, sei doch anzuerkennen, daß alles erreicht worden sei, was im Rahmen des Möglichen zu erreichen war. Volle Uebereinstimmung herrschte auch in dem Bedauern darüber, daß in der Frage der Abweisung des belgischen Mitgliedes der Regierungskommission Lamberts nichts erreicht worden ist.

Rundschau im Auslande.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Internationalen Arbeitsamtes in Genf gab einen Antrag der Reichsregierung auf Einführung der deutschen Sprache befürwortend an den Verwaltungsrat weiter.

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Schürman, hatte in Berlin eine Unterredung mit dem polnischen Außenminister.

Die polnisch-lettischen Handelsvertragsverhandlungen haben sich verzögert.

Der Militärausschuß der französischen Kammer hat die Heeresvorlage der Regierung angenommen.

Die tschechische Wehrvorlage angenommen.

Das Prager Abgeordnetenhaus hat das Gesetz über das jährliche Militärkontingent und über einige Veränderungen des Wehrgesetzes in zweiter Lesung angenommen. Die Vorlage legt die Zahl des jährlichen Militärkontingents mit 70 000 fest, während der Rest der tauglichen Befunden in die Ersatzreserve eingereiht wird und eine anschließende Ausbildung mitmachen hat. Im übrigen

versteht das wenig noch, daß das Wahrecht der Soldaten — durch das deutsche Siegel eine ischschliche Mehrheit erhalten haben — wieder aufgehoben wird.

Priesterjubiläum des Kardinal-Staatssekretärs Gasparri.

Der Papst überreichte Kardinal-Staatssekretär Gasparri aus Anlaß seines 25-jährigen Priesterjubiläums einen kostbaren Ring, der dem verstorbenen Kardinal-Cardinal von Paris, Richard, gehört hatte. Von Kardinal Richard wurde Gasparri persönlich zum Priester geweiht.

Kürkenschädigung in Süditalien.

Das süditalienische Abgeordnetenhaus nahm mit 150 gegen 126 Stimmen einen Gesetzentwurf an, der die Regierung ermächtigt, der früheren montenegrinischen Dynastie ihren Grundbesitz zurückzuführen und den Mitgliedern der Dynastie 43 Mill. Dinar als Entschädigung auszusprechen.

Urteilsfällung in Weigen.

Salomon und Schwing verurteilt. — Heinz freigesprochen.

Nach mehrstündiger Verhandlung über den Mordverfuch an dem früheren Oberleutnant Wagener wurde folgendes Urteil gefällt: Der Angeklagte von Salomon wurde wegen Körperverletzung unter Einbeziehung einer Justizhausstrafe von fünf Jahren wegen seiner Beteiligung an der Ermordung Mathians zu einer Gefängnisstrafe von sechs Jahren drei Monaten verurteilt. Der Angeklagte Schwing erhielt wegen Beihilfe zu versuchtem Totschlag eine Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten, auf die acht Monate Untersuchungshaft angerechnet werden. Der Angeklagte Heinz wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Hilfe für die Polizei.

Der Landtag will die Lage der Beamten verbessern. — Berlin, den 31. März 1927.

Den ersten Punkt der heutigen Tagesordnung des preussischen Landtags bildet die Frage der Verlängerung des Schutzpolizeibeamtengesetzes bis zum 30. Juni. Das Haus stimmt dem ohne Debatte in zweiter Lesung zu und setzt dann die Eingangsfrage zum Innenrat fort.

Abg. Barteld-Dannover (Dem.) wendet sich gegen die Entlassung der Schutzpolizeibeamten nach zwölfjähriger Dienstzeit und gegen die Altersgrenze bei den Polizeioffizieren.

Abg. Schwenk-Oberhausen (Christl. V.) bemerkt, zum Lobe der Polizei und Sandjagerei sei zu sagen, daß sich beide einer steigenden Anerkennung erfreuen. Die militärischen Übungen der Polizei seien in bestimmtem Ausmaß berechtigt.

Abg. Dr. Körner (Völk. Fröhp.) fordert die Erhöhung der unzureichenden Besoldung der Polizeibeamten und anderweitige Einführung einzelner Beamtencategorien.

Nachdem ein sozialdemokratischer Antrag auf Schluß der Debatte abgelehnt ist, protestiert Abg. Gade (Nat.) gegen Terrorakte der Polizei gegenüber seinen Parteifreunden.

Darauf nimmt Innenminister Grzesinski das Wort, der versprechende Demotionen richtig stellt und unbegründete Beschuldigungen gegen die Polizeibeamten zurückweist. Eine erhebliche Besserstellung der Besoldung der Polizeibeamten sei dringend erforderlich. Wenn der Landtag besondere Erhöhungen bewillige, müsse er auch für die entsprechenden Erhöhungen sorgen. Es sei nicht richtig, daß noch Gehälter von 90 Mark gezahlt würden.

Gegen Unruhen werde er mit allen Mitteln vorgehen, und er dürfe nicht, daß jemand sich selbst schäme. Die Verwahrung müsse beseitigt werden. Das gesehe nach rechts und nach links. Die Unruhen in Väterlebe seien von den Nationalsozialisten absichtlich herbeigeführt. Er könne nur alle warnen, eine Demonstration andersgerichteter — auch den Stahlhelmtag am 8. Mai — zu führen. Gegen die Drohung der Kommunisten, die Demonstration am 8. Mai zu führen, werde die Polizei die entsprechenden Vorbereitungen treffen.

Abg. Borch (Dntl.) erklärt, der Minister habe als Parteiminister und als sozialdemokratischer Abgeordneter gesprochen.

Nach weiteren Ausführungen der beiden Kommunisten Kasper und Paul Hoffmann, sowie des Demokraten Haase, der eine Ausbeugung der Fürsorge empfiehlt, schließt die allgemeine Aussprache.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr.

Die Rothersteins.

69] — Roman von Erich Schein.

Deutscher Brovina-Verlag. Berlin W 68. 1925.

Er zog Dos Arm in den feinen und führte sie zum Wagen.

In beklommenem Schweigen fuhren sie dahin. Do hatte aus seinen letzten Worten nur herausgehört, daß ihm ihr Kommen unlieb war, und das drückte sie vollends nieder. Er aber litt unter den Gedanken, daß sie sich um seinetwillen in eine Gefahr begeben hatte, in der er sie vielleicht nicht genügend würde schützen können.

Er hatte keine Waffe bei sich, und die zwei Gendarmen in Wolkenfärbung zählten nicht, falls man wirklich wagen sollte, sie zu injulieren. Das einzige, worauf er sich verlassen konnte, war die Schnelligkeit der Pferde.

Indessen schien im Dorf, als man es erreichte, alles ruhig, und Rüdiger atmete bereits auf, als plötzlich ein halbwegsiger Bursche laut, auf den Wagen weisend, rief:

„Da ist er ja, der faubere Graf, der an allem schuld ist! Fragt ihn doch gleich, ob er die Fabrik sofort wieder aufbauen und uns Reuten umringt, die wie aus dem Boden gewachsen schienen. Man hatte die Pferde am Hängel gefaßt und den Wagen zum Stehen gebracht.“

„Steig aus“, raunte Rüdiger Do zu, „dir werden sie nichts tun und ich — werde schon fertig werden mit ihnen.“

Aber Do rührte sich nicht. Laß starre sie auf die Leute, die drohend an den Wagen schlag drängten.

„Was wollt ihr eigentlich von mir?“ fragte Rüdiger laut, und seine funkelnden Augen, die wie Lichter von dem bleichen Gesicht stanten, wanderten im Kreise herum. Indessen in diesem Augenblick hatten sie die Gewalt verloren.

Wie Sturmstöße rauschte die Antwort auf seine Frage von allen Seiten Rüdiger entgegen.

Er sollte ihnen sein Wort geben, daß die Fabrik

Abbau der Daveslasten.

Einmütige Forderung des Reichstags.

— Berlin, den 31. März 1927.

Um die Staatsberatung in zweiter Lesung zum Abschluß zu bringen, trat der Reichstag heute schon um 10 Uhr zusammen. Auf der Tagesordnung stand zunächst der Kriegskostenetat. Namens des Ausschusses sprach Abg. Hermann (Christl. Vag.) unveränderte Annahme des Etats vor.

Abg. Dr. Dessauer (Str.) wies daraufhin, daß die Reparationslasten, wenn sie erst ihre volle Höhe erreicht haben werden, 4 Milliarden betragen, d. h. mehr als der ganze Reichetat vor dem Kriege. Allerdings seien in den beiden ersten Jahren Deutschlands mehr als 2200 Millionen Anleihen ausgelassen. Aber diese Erleichterung werde nicht von Dauer sein. Deshalb sei die Frage, ob Deutschland die von ihm verlangten Leistungen aufbringen kann, noch ein offenes Problem. Selbst der Reparationsagent habe diese Frage bisher umgangen, er habe aber bereits ausgesprochen, daß der Davesplan nur eine Vorbereitung auf die endgültige Regelung der Reparationen sei (Hörl hörl). Deutschland trage keine Lasten nicht, weil es sich moralisch dazu verpflichtet fühle, sondern weil es als der Unterlegene diese Leistungen vertraglich übernommen habe. Es befinde aber auf einer Revision dieser Lasten. (Sehr Zustimmung.)

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erklärte, die Frage, wie die deutschen Reparationsleistungen an die Entente aufzuweisen werden sollen, sei noch ganz ungelöst. Der einzige Trost sei, daß wirtschaftliche Unmöglichkeiten auf die Dauer nicht lebensfähig seien. Der Redner betonte, vielleicht werde sich bald der deutsche Finanzminister den Kopf zerbrechen müssen, wo er das Geld hernehmen solle, und gleichzeitig der Reparationsagent, wie er das viele Geld transferieren solle. Dann sei der Zeitpunkt gekommen, wo man eine endgültige Regelung finden müsse.

Abg. Dr. Lohmann (Dntl.) dankte den Vorrednern dafür, daß sie die Aufmerksamkeit des Volkes darauf gerichtet hätten, welche gewaltigen Lasten ihm die Etats der nächsten Jahre bringen werden. Als ein Beispiel dafür, wieweit die Forderungen des Davesplans reichen, führt der Redner die Tatsache an, daß das Reich 850 Millionen für Vorzugsaktien der Reichsbahn ausgeben müsse, um überhaupt noch einen geringen Einfluß auf dieses wichtige Instrument der deutschen Wirtschaft zu behalten. Weiterhin habe der Davesplan auch die Lebenshaltung des Volkes geleidet. Man zwingt uns zum Dumping auf dem Weltmarkt. Hoffentlich werde dieser Zwangsexport nicht zum Hungerexport. Man dürfe nicht müde werden, daß deutsche Recht auch in der Frage der Reparationen zu vertreten.

Abg. Reil (Soz.) stimmte der gründlichen und vorzüglichen Darstellung des Reparationsproblems durch Dr. Dessauer voll zu. An der Verlesung großer Teile des deutschen Volkes sei aber die deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik mitschuldig.

Abg. Dr. Schneider-Dresden (D. Vp.) betont gleichfalls die erforderliche Übereinstimmung aller Parteien in der Reparationsfrage. Ein stärkerer Gegensatz als zwischen der internationalen Reparations- und Handelspolitik sei nicht denkbar. Aber die vitalen Kräfte ständen hinter der Handelspolitik, es sei deshalb anzunehmen, daß diese schließlich triumphieren.

Abg. Dr. Rosenberger (Rom.) warf der Regierung vor, daß sie keinen Versuch gemacht habe, die Daveslasten herabzudrücken.

Abg. Buchwitz (Soz.) erklärt, zur Entschädigung der Liquidationsgläubiger müsse man neue Steuern schaffen.

Darauf wird der Kriegskostenetat unverändert angenommen. Hieran wird die Sitzung bis 3 Uhr vertagt.

Um 3 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. In der zweiten Lesung des Haushalts des

Reichsfinanzministeriums

in Verbindung mit dem Etatgesetz erklärte Abg. Simon-Schwaben (Soz.), es sei wahrlich kein Meisterstück, wie man das Defizit von 1/2 Milliarden beseitigt habe. Das Prinzip sei geblieben: Der Beschäftigte müsse Steuern zahlen wie vor Jahren. Die Beschäftigten dagegen sei nicht dazu zu stark wie die Massenlosen. Redner konträrat Abschaffung der Zuckersteuer, Verringerung der Spekulationsgewinne, Erhebung der Erbschafts- und Vermögenssteuern. Beseitigt werden müsse die Steuerabgabe der Landwirte.

Abg. Dr. Gerke (Dntl.) befürwortete einen Abbau der jetzt 10 Prozent betragenden Zinsen für Steuerrückstände. Die Verzinsungsmöglichkeiten bei der Reichsfinanzverwaltung müßten verbessert werden. Mit der Beamtenvermehrung müsse die Nationalisierung der Verwaltung Hand in Hand gehen.

Abg. Dr. Scheiter (Str.) forderte noch eine größere Vereinfachung und Vereinheitlichung der Steuerformulare.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr.

Die Termine müßten in landlichen Gegenden in bestimmte Orte verlegt werden. Steuerrückstände bis 1924 solle man niederschlagen. Von allgemeiner Steuerdrückbereinigung in der Landwirtschaft könne man nicht sprechen.

Abg. Dr. Greiner (D. Vp.) bezeichnete es als erfreulich, daß die unrentablen Industrieunternehmen des Reichs abgelehnt worden seien. Der Redner trat für eine mögliche Abkehr der Reichsbahn auf qualifizierter Beamter ein. Der geringe Zahl möglichst hoch qualifizierter Beamter ein. Der Reichsbahn möglichst befreite sich über zu acines Verhältniß der Steuerbefreiungen.

Nach weiterer ausgedehnter Debatte vertagt sich das Haus auf Freitag.

General von Wisberg gestorben.

Tragischer Zwischenfall am Bismarckdenkmal in Berlin.

Am Bismarckdenkmal in Berlin ereignete sich ein überaus bedauerlicher Zwischenfall. Unter Führung des Generals von Wisberg, des Vorsitzenden des Ostmarken-Vereins, erschien in den Mittagsstunden des Freitags eine Abordnung, die anlässlich des Geburtstags des Altreichstanzlers einen Kranz niederlegen wollte. General von Wisberg verurteilte, eine Ansprache zu halten. Nach der

Darstellung der Polizei

ging nun einer der vor dem Denkmal postierten Schutzpolizisten auf den Redner zu und „sagte ihm, daß das öffentliche Reden vor dem Denkmal, das sich bekanntlich in der Bannmeile befindet, verboten sei. Der Redner meinte mit einer Armbeugung den Beamten unwillig ab und sprach weiter. Nun sagte der Beamte ihm an den Arm mit der Aufforderung, ihm nach der Rednerbühne zu folgen. General von Wisberg protestierte dagegen, daß er am Modärmel gefaßt wurde, reißte dann aber mit und brach nach etwa zwanzig Schritten leblos zusammen.“

Der General wurde nun mit einem Auto sofort in die Charité gebracht, doch konnte diese nur noch seinen Tod durch Herzschlag feststellen.

General von Wisberg wurde 1863 in Schwerin geboren, machte beim 4. Königin-Augusta-Garde-Regiment die übliche militärische Laufbahn durch und wurde 1895 in den Großen Generalstab kommandiert. Später in das Kriegsmuseum berufen, hatte er wiederholt den Kriegsmuseum bei den Parlamentsverhandlungen zu vertreten. In den Kriegsjahren erwarb sich der jetzt so tragisch aus dem Leben geschiedene große Verdienst, daß er 1917 zum General ernannt. 1919 nahm General von Wisberg seinen Abschied und widmete sich nun dem Vaterlande auf anderen Gebieten. So übernahm er 1920 auch den Vorsitz des deutschen Ostmarken-Vereins. Außerdem ist der Verstorbenen auch reger schriftstellerisch tätig gewesen.

Schlußdienst.

Der Landtagsauschuss für Erhöhung der Hauszinssteuer.

— Berlin, 2. April. Der Hauptauschuss des preussischen Landtages nahm die von den Regierungsparteien vorgeschlagene Erhöhung der Hauszinssteuer von 40 Prozent auf 48 Prozent der Friedensmiete an. Die Anträge der Rechtsparteien auf eine Reihe von Veränderungen wurden abgelehnt.

Zwischenfälle nach der Hamburger Bismarckfeier.

— Hamburg, 2. April. Als die Teilnehmer der hier veranstalteten und völlig ruhig verlaufenen Bismarck-Gedenkfeier den Rückmarsch antraten, wurden sie in verschiedenen Stadtteilen belästigt, sodaß die Polizei an mehreren Stellen eingreifen mußte. Ein Polizeibeamter und ein Teilnehmer wurden durch Messerstiche verletzt. Die Polizei nahm rund 40 Festnahmen vor. Zusammenstöße in größerem Umfang sind nirgends erfolgt.

Preussischer Landtag.

Die Novelle zum Grundvermögenssteuergesetz.

— Berlin, den 1. April 1927.

In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf angenommen, der die Gültigkeit des aacemwärtigen Gesetzes

lehren sie sich auch gegen dich. Dente an Bader er würde es dir nie vergeihen, war du ...

Aber mit einer ruhigen Bewegung machte sich von seiner Hand los, stand auf und erhob die Hand zum Zeichen, daß sie sprechen wollte.

Sieht augenblicklich verumtümte das wilde Durch einanderfahren, und die Blitze der Männer richteten sich neugierig erwartungsvoll auf sie.

Beinahe alle kannten Do. Mancher, dessen Weib am Wirtschaftshof von Grafenegg gelegentlich tagelohnte, hatte ihre mittägliche Hand im eigenen armseligen Haushalt verpaßt. Viele wußten, wie sie sich der Kinder Scheibingers angenommen hatte. Alle hatten jetzt, als sie in ihrem einfachen weißen Kleid mit dem rührenden Ausdruck von Güte und Unschuld in dem schönen Gesicht da oben stand, den unbewußten Eindruck, ihre Erscheinung glücke einem Engel des Friedens.

Und ohne es zu wissen, traf Do den richtigen Ton. Ohne Wortwurf oder Pathos sprach sie ganz schlicht und bittend: „Liebe Leute, laßt uns doch weiterfahren. Ich schwöre euch, der Herr Graf meint es herzlich gut mit euch, und wird alles tun, was irgend in seiner Macht steht, um eure Wünsche zu erfüllen. Nur laßt ihm Zeit, zu überlegen, wie das am besten aufgehen kann. Bedenkt, wie viel Schweres jetzt auf ihn einströmt, und daß er ebensowenig dafür kann, wie ihr selbst. Ihr seid ja gute Menschen ... bit er gibt den Weg frei!“

Der Ton, vom Herzen kommend, fand den Ton zum Herzen der Laufenden. Die drohend geallte Häufte sanken langsam herab, der Born in den funkelnden Augen erlosch und machte einem Ausdruck der Verlegenheit Platz. Stumm trat da und dort eine zurück. Der Kreis um den Wagen schloß sich. Der Weg vor den Pferden war mit einem Male frei, man sich's verah.

Der Rufführer zögerte nicht, die Gelegenheit sich zu benützen und den aufgeregten Pferd ihren Lauf zu lassen. Sie zogen so heftig an, daß Do beinahe aus dem Wagen geflogen wäre, hätten Rüdigers Arme sie nicht rasch gefaßt und auf ihren Sitz niedergelassen.

(Fortsetzung folgt.)

Verhandlungsbildes vor dem 30. Juni 1927 ver-
fassen.
Es folgt die zweite Beratung der von den Rentner-
vereinigungen vorgelegten Novelle zum Grundbesitz-
steuergesetz, die eine Erleichterung ausnimmt landwirt-
schaftlicher Betriebe vorlieht.

Hr. Dr. Baumbach (Soz.) beantragte namens des Aus-
schusses die Annahme der Vorlage, sowie eines Entschlie-
ßungsantrages des Hauptauschusses, wonach dem Landbau-
minister die Stellungnahme des Preussischen Landwirt-
schaftsministeriums zum Reichsbescheidungs-Gesetzgebungs-
gesetz gegeben werden soll.

In der allgemeinen Aussprache begründen v. d. W. v. d. W.
und v. d. W. (D. Sp.) Anträge auf Wiederrücknahme der
Vorlage.
Hr. Baumbach (Soz.) lehnt die Vorlage wegen der Ver-
letzung des ungerichteten Veranlagungsmodus ab.
Damit schließt die allgemeine Beratung.

Der Zwischenfall vor dem Bismarckdenkmal.
In einer Geschäftsordnungs-Debatte, abt. H. v. d. W.
Schilling (D. Sp.) Kenntnis von dem Vorfall
am Bismarckdenkmal vor dem Reichstag und bezeichnet
dabei die Behandlung des Generals von Brisberg als
unannehmlich. Er fragt den Innenminister, ob er mit dem
Vorhaben der Schillingpolizei einverstanden sei und
ob die Schillingpolizei besondere Anordnungen erhalten habe,
um an Bismarcks Geburtstag aus der Reichshaus die Kund-
gebungen vor dem Bismarckdenkmal zu verbieten.

Eine Erklärung des Innenministers.
Außerhalb der Tagesordnung nimmt darauf Innen-
minister Graf v. Helldorf das Wort, der über den Zwischenfall eine
Darstellung gibt, die sich im allgemeinen mit dem Bericht
der Polizei deckt. General von Brisberg habe sich über den
Bergang offenbar außerordentlich erregt. Der Beamte habe
sich in Ausführung des Gesetzes, das Anordnungen in der
Gesamtheit verbietet, pflichtgemäß gehalten. Der Minister
schloß dann hinzu:

Ich bedauere den Tod des Generals von Brisberg und
den ganzen Vorfall ganz außerordentlich. Vielleicht wäre
es doch zweckmäßig gewesen, den Beamten angesichts des heu-
tigen Geburtstages von Bismarck Beschlüsse dahin zu geben,
daß kleinere Beihilfen unbekannt bleiben, wenn sie den
Recht und die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht stören,
was im vorliegenden Falle bestimmt nicht der Fall war. Der
Schillingpräsident hat sich nach der Reichstags- und auch der
Konsequenzen wegen dazu jedoch nicht veranlaßt gesehen.

Nach kurzer Debatte, in der Hr. Dr. v. d. W. v. d. W.
(D. Sp.) noch bemerkt, zu diesem Vorfall hätte es nicht kom-
men brauchen, da General Brisberg in früheren Jahren
angehört die kurze Feier am Bismarckdenkmal habe be-
gehen können, nimmt der Innenminister noch einmal das
Wort und ergänzt dann seine Ausführungen über die Vor-
gänge am Bismarckdenkmal dahin, daß

nach einer neueren Darstellung
General v. Brisberg nur mit einigen Worten eine Kranz-
niederlegung habe begleiten wollen. Treffe diese Darstellung
zu, dann habe der Beamte unrichtig gehandelt, der die Kranz-
niederlegung nicht hindern durfte. Der Beamte hätte den
General auch lediglich nach seinem Namen fragen dürfen.
Treffe die neue Darstellung zu, so sei der Beamte zu be-
trafen.

In der Fortsetzung der Beratung der Novelle zum
Grundbesitzsteuergesetz wird die unter der Aufsichtbe-
schlüssen angenommen. Es folgt die zweite Beratung der
Novelle zum Ausführungsgesetz zum

Finanzausgleichsgesetz.
Der Hauptauschuss beantragte, für 1927 und 1928 den
Rechnungsanteil der Gemeinden an den Einkommen- und
Körperschaftsteuern auf 22 statt auf 25 Prozent pro Kopf der
Bevölkerung, wie die Regierungsvorlage ihn vorsieht, festzu-
setzen. Auch hier werden alle Änderungsanträge abgelehnt.
Danach wird die Vorlage in der Ausführungslösung angenom-
men. Das Haus verlagert sich auf Sonnabend: Kleine Vor-
lagen.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 2. April 1927.

Schulrat Kimpel in den Ruhestand versetzt.
Seit seiner in der letzten Sitzung der Altersgrenze der
Schulrat Heinrich Theodor Kimpel, Kassel aus dem Dienste.
Kimpel hat nach einer dreißigjährigen Tätigkeit an der Stadt-
schule in Gießen über 34 Jahre an Kasseler Volks-
schulen geleitet. Im Jahre 1919 wurde er zum Schul-
rat ernannt und ihm später der Schulaufsichtsbezirk Hof-
geismar überwiesen. Daneben wurde er zum Schulrat
ernannt und ihm später der Schulaufsichtsbezirk Hofgeis-
mar überwiesen. Daneben wurde er vom Minister zum
Hilfsbezugnannten der Regierung in Kassel (Schulabteilung)
bestellt. Auch als Leiter hat sich der als langjähriger in
der Hessischen Volksschullehrerzeitung bewährte Pädagog
verdient gemacht.

△ Kino. Wie aus dem Jufertatenteil ersichtlich,
spielen die Spangenberg Lichtspiele am Montag abend.
Der neue Film „Der Hochverrat von Panama“ stellt
eine Gipsfiguren selbst für die vornehmsten Ansprüche
dar. Es fällt schwer, aus dieser fülle kinematographischer
Glanzleistungen eines herauszugreifen. Der Ort
auf hoher See ist das Geschehen, was die stumme
Leinwand bis jetzt zeigen konnte, der Einblick in das Le-
ben und Treiben der internationalen Spione ist ebenso
spannend, wie die Abwehrmaßnahmen der politischen Ge-
heimbureau im Marineministerium. Die Handlung ist
mit seltener Macht entworfen, atemlose Spannung fesselt
das Publikum bis zum letzten Bild, das in ganz sensation-
eller und verblüffender Weise die Aufklärung für eine
Kette gefährlicher und geheimnisvoller Abenteuer bringt.
Jeder, der eine Spur von Interesse für das Leben auf
hoher See besitzt, muß dieses herrliche Marinestück von
den verratenen Schiffen gesehen haben, bei dessen Aufnahme
die gesamte amerikanische Kriegsflotte zur Verfügung
gestellt wurde.

× Kunstausstellung in Kassel. Die Bezirksgruppe
Kassel des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler
Deutschlands hat in der Alten Kunstakademie in Kassel
(Frankfurterstraße Nr. 33) eine Ausstellungsgesellschaft ins
Leben gerufen, die laufend über die Arbeiten der einhei-
mischen Künstler unterrichten soll. Die erste Ausstellung
findet am 20. 3. bis 23. 4. 27 statt (geöffnet: montags
von 10 bis 1 Uhr, 3 bis 5 Uhr, Sonntags von 10 bis
2 Uhr. Eintrittsgeld: 0,30 RM. je Person). In der
Ausstellung ist auch Herr Maler Fritz Gauer, der bekannt-
lich 1925 mehrere Monate in Spangenberg verbracht hat,
vertreten. Angesichts der Not der bildenden Künstler
werden alle Kunstfreunde gebeten, die Ausstellung zu be-
sichtigen.

× Die Kultur des Grimes ist die große und
dankbare Aufgabe der schmackvollen Hausfrau. Dabei
gibt jedes Gebiet in Küche und Haus seine besondern Auf-
gaben, nicht zuletzt auch der Wälschschrank. Hier ist Kul-
tur und Geschmack gleichbedeutend mit Klugheit und prak-
tischem Sinn. Die moderne, praktische Hausfrau weiß
schon lange, daß die Perlmethode der Erhalter und
Pfleger ihres Wälschschanks ist, ganz abgesehen von der

außerordentlichen Ersparnis an Zeit und Mühe beim
Waschen, die dieses einzig zeitgemäße Wälschverfahren
mit sich bringt.

× Die Wetterlage. Das Tiefdruckgebiet, das
gehört westlich Irland liegt, ist ostwärts gewandert. Sein
Kern liegt über dem nordöstlichen Frankreich. Auf seiner
Rückseite werden bei uns bei wechselnder Bewölkung Nieder-
schlagschauern auftreten, stellenweise auch durch Gewitter
begleitet. Die Temperaturen gehen etwas zurück. Vor-
wiegend nordwestliche Winde.

Spilershausen. In dem der Realgemeinde Spie-
lershausen gehörenden Steinbruch bei Schellheim erlitten
zwei für die Firma Otto Redmann tätige Arbeiter durch
Zusammenstoß zweier Loren Bruch- bzw. Rippenquetsch-
ungen. Die Verunglückten wurden ins Münchener Kranken-
haus eingeliefert. Die Verletzungen sollen erfreulicher-
weise nicht sehr erheblich sein.

Niedergrenzbad. Nachts brach in dem Gemein-
dehaus Feuer aus. Durch das Eingreifen der Feuerwehr
wurde das Feuer auf seinen Herd beschränkt.

Hofgeismar. Beim Einfahren eines Rades in das
Reisauto glitt der Wagen von der hochgeschraubten Winde
ab und die Wagenachse durchschlug den Oberschenkel des
Chauffeurs. Der Bedauernswerte, der unter das Auto
geriet, wurde einem Kasseler Krankenhaus zugeführt.

Hann.-Münden. Als „Schiffsbauingenieur Meuten“,
ausgewiesener Danziger und Mitglied einer dortigen Freimau-
rerloge führte sich ein etwa sechzigjähriger würdiger,
alter, weißhaariger Herr beim hiesigen Vorstehenden der
Freimaurerloge ein, wurde aber bald als Logenschwindler
festgestellt und mit Hilfe der Mündener Polizei kurz darauf
verhaftet. Vor ihm war bereits im Jahre 1923 von
Münden aus gewarnt worden, augenscheinlich hat er aber
Jahre lang trotz aller Warnungen sein einträgliches Ge-
schäft betrieben. Wie die Polizei inzwischen feststellte, ist
der würdige alte Herr nicht weniger als sechszwanzigmal
vorbestraft und hat bereits sechsmal im Zuchthaus
gesessen.

Aus Stadt und Land.

**** Militärjubilare.** Am Freitag konnten der Ge-
neral der Infanterie Karl Vignann und der Gene-
raloberst v. Schubert ihr 60jähriges Dienstjubi-
läum begehen. Während des Weltkrieges war Vignann
anfangs Stappensinspekteur der dritten Armee, später
Kommandeur der 3. Garde-Infanterie-Division, an
deren Spitze er sich beim Durchbruch von Brazin un-
vergänglichem Kriegesruhm erwarb. Als Kommandieren-
der General führte er dann das 40. Inf.-Korps in der
Winterfeldtschlacht in Majuren. Vignann nahm er mit stür-
mender Hand. — Generaloberst Richard von Schubert
befehlerte im Weltkrieg während der Jahre 1916 und
1917 die siebente Armee an der Westfront. Sein Bruder
ist der deutsche Diplomat Dr. Carl von Schubert, ein
Enkel des saarländischen Gültensmagnaten Carl Ferdin-
and Freiherr von Stumm-Halberg.

**** Eine Greisin vom Autobus totgefahren.** In
der Kaiserallee zu Berlin geriet eine 71jährige Frau
beim Versuch, einen Kraftwagen auszuweichen, unter
einen Autobus. Das Hinterrad des Wagens ging der
unglücklichen Frau über den Kopf hinweg, sodaß der
Tod auf der Stelle eintrat.

Guise's ein besonders
Prima schöner
Seidenflor und haltbarer
Mk. 2.50 Damenstrumpf

Joseph Guise / Kassel
untere Karlstraße 9, zwischen Königsplatz
und Fischbrunnen.

Jeder
Gewerbetreibende
Handwerker u. Landwirt
muß jetzt
ordnungsmäßige Geschäftsbücher
führen.
Die Einrichtung und Fortführung derselben übernimmt:
W. Friedrich Pasche
Rechts- Revisions- und Treuhandbüro.

Die geschliche Miete
beträgt ab 1. 4. 27 110 v. P. und ab 1. 10. 27 120
v. P. der Friedensmiete.
Spangenberg, den 1. 4. 1927.
Der Magistrat, Schier.

Spangenberg Lichtspiele
Montag, den 4. 4. abends 8¹⁵ Uhr

FOX FILM



**Der Hochverrat
von Panama.**
in 8 Akten.
Amerika in Gefahr — Orkan auf hoher
See — Das Todesradio — Verratenen Schiffe —
Die Schönste Frau der Welt als Spionin.
Außerdem:
Heiße Würstchen
in 2 Akten
und
Der Skalpjäger
in 2 Akten.

Trauringe
**Konfirmanden-
Uhren**
= und Schmuck =
finden Sie in großer Aus-
wahl
bei
Wilhelm Keim · Uhrmacher

Städtischer Vollziehungsbeamter.
Der städtische Polizeibetr. H. Ewald Giesfeld ist heute
zum Vollziehungsbeamten für die Stadt Spangenberg
bestellt und vereidigt worden.
Spangenberg, den 28. 3. 1927.
Der Magistrat,
Schier.

Kirchliche Nachrichten.
Sonntag, den 3. April 1927.
Judica.
Spangenberg.
Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Schönewald.
Konfirmandenprüfung
Elbersdorf.
Vormittags 10 Uhr: Kreispfarrer Schmitt.
Schnellrode
Nachmittags 2 Uhr: Pfarrer Schönewald.
Konfirmandenprüfung.
Christliche Vereine.
Montag Abends 8 Uhr: Mitterverein, Kreispfarrer Schmitt.
Donnerstag 8 Uhr: Christlicher Verein junger Männer.
Freitag 8 Uhr: Mäckerchor.



Heute morgen um 3 Uhr entschlief sanft nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Christiane Bachmann

geb. Meurer

im 62. Lebensjahr.

In tiefer Trauer:

Friedrich Wilhelm Bachmann, Lehrer i. R.

Juliane Bachmann

Minna Bachmann

Spangenberg, den 1. April 1927.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. April 1927, nachmittags um 4 Uhr, statt.

Indanubüßte Koffel

Wir bringen **das Riffing** in

Indanubüßte Koffel

Wollkoffel

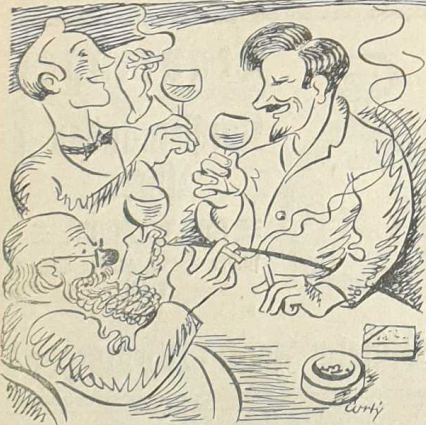
Wollkoffel

in märchenhafter Auswahl
Unsere Preise sind alleräußerst berechnet!

Lange & Butte

Spezialhaus für Seiden- und Kleiderstoffe
Kassel, Kölnische Straße 6

Indanubüßte Koffel



Es sitzen drei am Tische da,
Sohn, Vater und der Großpapa,
Weinkenner, die sich hier vergnügen,
nicht bloß mal nippen und dran riechen.
Besonders, weil dazu man pafft,
nicht kettenmäßig, lasterhaft,
doch mit Genuß und viel Behagen,
wie Große — Kleine es vertragen,
der Zigaretten — drei bis zehn (hm),
bedenkt' es wohl, so je nach dem!
Denn sonst, mein Freund, wird dir zu heil
Rauch' „Salem“! Ihr gebührt der Preis

SALEM Rot 4.4
Lucullus 5.4

SALEM-ZIGARETTEN
mit dem goldenen Wappen auf der Packung

Höhere Privatschule Spangenberg
für Knaben und Mädchen.

Die Prüfung und Aufnahme der Neueintretenden findet **Dienstag, den 26. April vorm. 8 Uhr** statt. Geburts- und Impfschein und das letzte Schulzeugnis sind vorzulegen. Die Schüler haben sich mit Feder und Papier zu versehen.

Anmeldungen nimmt der Unterzeichnete entgegen.
Spangenberg, den 31. März 1927.

Der Schulleiter Brehm,
Rector.

Ein schönes

Konfirmationsgeschenk

ist ein

Sparbuch

Städtische Sparkasse.

Ueberraschend billige Oster-Angebote

Gelegenheitsposten

Bettvorlagen

Perfer imitiert 45x90 frische, schöne Perfermuster

2.50

besonders preiswert

Anzugstoffe

Dunkelblau und grün gestreift 140 cm br. passend für Herren-, Burden- und Knaben-Anzüge und Kostüme mtr.

3.90

auffallend billig

Stores

aus Etamin und englisch Tüll herrlichste Ausführungen 12.50, 9.50, 8.60

3.90

für das Osterfest

Gardinenstoffe und Scheibengardinen

in allen Breiten und Größen 1.80, 1.25, 0.98, 0.68

0.48

Etamin 130 cm haltbare Qualität . . . mtr. **0.68**

Tupfen-Mulle weiß u. farbig gepunkt mtr. 1.95 **1.50**

Madrasstoffe 130 cm, indanthren farbig mtr. 3.75 **2.90**

Extra Preise durch billigsten Konzern-Einkauf in allen Artikeln.

Modehaus Müller

Fernruf 34

Spangenberg.

Fernruf 34

Einem zweijährigen wach-
samen

deutschen Schäferhund

(prima Stammbaum)
in gute Hände äußerst billig abzugeben. Wo? sagt die Exped. d. Zeitung.

Zementkalk Zement

stets frisch in
Portlandware
vorrätig

Otto Fenner.

Staatstheater Kassel

Sonntag, 3. 4. S. R. S. 143 Geschlossene Vorstellung für die Reichsbahndirektion „Tannhäuser“ 2-5 1/2
Montag, 4. C. 42 „Orpheus u. Eurydike“ 7 1/2-9 1/2
Dienstag, 5. 4. D. 42 „Die selige Exzellenz“ 7 1/2-10 1/4
Mittwoch, 6. 4. V. 43 „Der Garten Eden“ 7 1/2-10 1/2

Spangengerger Lichtspiele

Wegen Trauerfall bleiben die Lichtspiele am Sonntag

geschlossen.

Die Aufführung des angekündigten Programms

„Der Hochverrat von Parama“ findet Montag abend 8¹⁶ statt.

Die Kinodirektion.

eingetroffen

Ammoniak-Supper 9x9

Richard Mohr.

Meinen werten Kunden

sowie allen Einwohner v. Spangenberg u. Umgebung zur gest. Kenntnis, daß ich einen

Staubsaugapparat

zu verleihen habe. Alle Gegenstände können damit schnellstens staubfrei gemacht werden. Anleitung im Geschäft.

Zugleich empfehle ich meine

praktischen Konfirmationsgeschenke

sowie

Lederwaren, Sport- und Reise-Artikel
Alle Sattler, Polster u. Dekorationsarbeiten werden schnell und billig ausgeführt.

Ernst Hölstein, Spangenberg
Marktplatz